

Zehn Millionen Stimmen: Wen wählen Ägyptens Sufis?

Ruth Wirth

Vom 22. April bis Mitte Juni 2013 waren in Ägypten Parlamentswahlen geplant. Wegen des Streits um ein neues Wahlgesetz und des Boykottaufrufs der Opposition ist ihre Durchführung vorerst auf unbekannte Zeit verschoben worden.

Analyse

Aus allen landesweiten Wahlen und Abstimmungen in Ägypten seit dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Hosni Mubarak im Jahr 2011 gingen bisher Islamisten als Sieger hervor. Die Analyse der Ergebnisse sparte bislang jedoch ein Spektrum muslimischer Gläubiger aus, das die Mitglieder und Sympathisanten islamistischer Parteien zahlenmäßig weit übertrifft: die ägyptischen Sufis (Mystiker).

- Die in ganz Ägypten verbreiteten Sufi-Orden zählen etwa zehn Millionen Anhänger. Rund eine Million von ihnen treten in Bruderschaften organisiert auf, jedoch verhinderten Fragmentierung und unterschiedlicher Organisationsgrad bisher eine größere politische Mobilisierung und Einflussnahme.
- Auch die traditionelle politische Zurückhaltung der Sufis stand ihrer direkten Partizipation bei den ersten freien Wahlen im Jahr 2011 entgegen. Bis zur Revolution 2011/2012 hatte ihre Führung, der Oberste Rat der Sufi-Orden, meist mit dem jeweiligen Regime kooperiert. Durch ihre Einbeziehung in das religiöse Establishment der islamischen al-Azhar-Universität hatten sie indirekt politischen Einfluss ausgeübt.
- Seit 2009 erhoben sich aus den Reihen der Sufi-Orden kritische Stimmen gegen die Botmäßigkeit ihrer Führung gegenüber der Regierungspolitik. Entgegen anders lautender Vorwürfe nahmen auch junge Sufis am Umsturz vom Januar und Februar 2011 teil.
- Übergriffe salafistischer Kräfte auf sufische Einrichtungen und Heiligtümer nach dem Regimewechsel motivierten viele Sufis, ihre unpolitische Haltung aufzugeben und sich vermehrt politisch zu beteiligen. Mit der „Ägyptischen Befreiungspartei“ (Hizb at-Tahrir al-Masri) gründeten sie erstmals eine politische Partei. Deren bisher schlechtes Abschneiden muss angesichts des potenziellen Wählerreservoirs nicht von Dauer sein.

Schlagwörter: Ägypten, Wahlen, Sufismus, Islamisten

Sufis vor der Revolution in Ägypten im Jahr 2011

Islamische mystische Bruderschaften des Sufismus bilden seit Jahrhunderten einen integralen Teil der religiösen Kultur Ägyptens. Auch heute noch treten ihre Anhänger über das ganze Land verbreitet in vielfältigen Organisationen und Ausprägungen auf. Oft als rückständig und als Zuflucht für die ungebildeten Massen dargestellt, genießt der Sufismus jedoch auch im säkular orientierten städtischen Bürgertum großen Rückhalt, und er hat viele herausragende Persönlichkeiten im religiösen Establishment und im politischen Islam hervorgebracht. Er gilt als tolerant, friedlich und auf die individuelle Religiosität ausgerichtet. Obgleich die Anzahl seiner Anhänger in Ägypten auf zehn Millionen geschätzt wird, ist deren Einfluss in Politik und Gesellschaft schwer zu bewerten, da zu diesem Aspekt kaum soziologische Daten und nur wenige neuere Studien vorliegen.

Die Führer der Sufi-Orden kooperierten meist mit den jeweils herrschenden Regierungen oder arrangierten sich zumindest mit ihnen. Anders als oppositionelle islamistische Gruppen traten sie auf der politischen Bühne kaum in Erscheinung.

Die „Tahrir-Revolution“, benannt nach dem zentralen Platz in Kairo, den Anfang 2011 Protestierende besetzt hatten, um den „Sturz des Systems“ zu erzwingen, wurde von Menschen jeden Alters, aller sozialer Schichten und religiöser Gruppen getragen. Sie schuf ein völlig neues politisches Bewusstsein. Die Muslimbruderschaft (MB) und die Salafisten gingen aus den ersten freien Parlamentswahlen von November 2011 bis Januar 2012 als klare Sieger hervor, während die Sufis keine relevante Präsenz zeigten. Falls sie in den Medien überhaupt erwähnt wurden, dann nicht als politische Akteure, sondern nur im Kontext der Kontroversen mit den Salafisten und deren tätlicher Angriffe auf Sufi-Schreine, oder wegen ihrer internen Streitigkeiten (Brown 2011).

Struktur und Verbreitung der Sufi-Orden in Ägypten

Die Meinungen über die Organisationsstrukturen und das Image der Sufi-Orden liegen weit auseinander. Für Michael Gilson (1973: 89) sind sie lose, amorphe Vereinigungen mit wenig Solidarität untereinander. Sie konkurrieren nicht nur mit Muslimbrüdern und Salafisten, sondern auch untereinander. Hingegen attestiert ihnen Ammar Hassan (2009) einen hohen Organisationsgrad mit hierar-

chisch gegliederten Befehlsstrukturen. Er sieht in ihnen zivilgesellschaftliche Vereinigungen, die aber letztlich vom Staat beherrscht werden. In den ländlichen Gebieten sind sie verbreiteter als andere Bewegungen oder politische Parteien. Die zunehmende Hinwendung der gebildeten Mittelschicht zum Sufismus hilft den Sufis, die oft als Derwische und Häretiker beschimpft werden, ihr Image zu verbessern. Die Sufi-Orden, so Rachida Chih (2006: 341), vernachlässigten ihre soziale und politische Rolle in der Gesellschaft zugunsten der Hinwendung zum Spirituellen. Dabei könnten sie denjenigen Muslimen eine Alternative bieten, die sich von islamistischen Gruppierungen nicht angezogen fühlen.

Das Verhältnis der Sufis zu den Regierungen

Jahrhundertlang bezogen die Orden Autorität und Einfluss aus dem Charisma ihrer Scheichs und der großen Zahl ihrer Anhänger, verbunden mit teils beträchtlichen materiellen Ressourcen. Erst im 19. und 20. Jahrhundert setzte ihr Niedergang ein, als sie durch Konfiszierung und Verstaatlichung ihrer Besitztümer und Stiftungen vom Staat abhängig wurden und ihnen in der 1928 gegründeten Muslimbruderschaft eine ernsthafte Konkurrenz erwuchs. Trotzdem übten sie durch ihre Verwurzelung im religiösen Establishment weiterhin großen Einfluss aus: Mehrere Großscheichs der renommierten al-Azhar Universität und ägyptische Großmuftis waren Sufis oder standen dem Sufismus nahe. Ihre klassische Rolle bestand in der Mediation gesellschaftlicher Konflikte. Sie mischten sich nicht in politische Debatten ein und vermieden Konflikte mit den Machthabern. Paul Heck (2007: 3-4) wirft ihnen deshalb vor, sich „wie Chamäleons“ den jeweiligen Umständen anzupassen, wenn es ihren Interessen diene. Die strikte interne Hierarchie und das Prinzip des Gehorsams mögen die Akzeptanz und Willfährigkeit gegenüber dem Regime begünstigt haben. Einen monolithischen Block bildeten die Sufi-Orden aber nie; sie agierten beispielsweise sehr unterschiedlich gegenüber den Kolonialmächten. Die Azamiyya, ein Orden, der als besonders rebellisch gegen die britische Herrschaft hervorstach, betreibt auch heute maßgeblich die Politisierung der Sufis.

Von den Mamluken bis zu Hosni Mubarak (1981-2011) hatten alle Regierungen versucht, die Sufis zu instrumentalisieren und von ihrer Popularität zu profitieren (Chih 2006: 32). Präsident Nasser (1954-1970) benutzte sie als Gegengewicht zur Mus-

limbruderschaft, die er 1954 verboten hatte, und bot ihnen dafür Privilegien und Schutz. Präsident Anwar as-Sadat (1970-1981), der sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger besonders fromm gab, erweiterte zwar generell den Spielraum islamischer Kräfte, legte den Sufis aber gleichzeitig neue Zügel an: Das bis heute unverändert gültige Gesetz Nr. 118 reguliert seit 1976 alle Belange der Sufi-Orden bis hin zu ihrem Budget und unterstellt sie der vollständigen Kontrolle durch den Staat. Das Oberhaupt des Obersten Sufi-Rates wird zunächst von den 16 Mitgliedern gewählt, muss dann aber noch vom Präsidenten bestätigt werden. Dem Rat muss je ein Vertreter der Azhar-Universität und aus vier Ministerien angehören (Johansen 1996: 257, 260).

Während des dreißigjährigen Mubarak-Regimes sahen sich die Sufi-Orden in einer unbequemen Lage. Als Gegenleistung für die Unterdrückung ihrer Rivalen, der Muslimbruderschaft, mussten sie mit dem Staat und der regierenden Nationalen Demokratischen Partei (NDP) kooperieren. Diese Komplizenschaft führte zunehmend zu Kritik innerhalb der Orden, die 2009 – insbesondere auf Betreiben des Azamiyya-Ordens – in der Bildung der Sufi Reform Front gipfelte. Als Mubarak im Jahr 2010 den vom Obersten Sufi-Rat bereits zu ihrem Oberhaupt gewählten Abu al-Aza'im wieder absetzte und stattdessen Scheich Abdel Hadi al-Qasabi per Präsidialdekret in dieses Amt hob, brachte dies das Fass zum Überlaufen. Qasabi war ein Mitglied der regierenden NDP und ihrer Politikkommission, der Gamal Mubarak – der Sohn von Präsident Mubarak -vorstand.

Positionierung der Sufis in der postrevolutionären politischen Landschaft

Beteiligung an der Revolution vom Januar/Februar 2011

Da die Sufis noch nie einer organisierten Opposition angehört hatten und unerfahren in der Organisation öffentlicher Proteste waren, schafften sie es nicht, wie die Islamisten in kurzer Zeit eine große Anzahl von Teilnehmern zu mobilisieren. Trotzdem beteiligten sich – wenn auch zunächst zögernd – viele junge Sufis an den gesellschaftlichen Veränderungen. Sie fielen im Gegensatz zu den Islamisten, die aufgrund ihres Aussehens, der Banner und Slogans aus der Menge hervorstachen, nicht weiter auf (*Al Jazeera Study Center*, 8. Januar 2012). Zudem verwirrten die Sufi-Führer durch widersprüchliche Statements: Im März 2011 erklär-

te al-Qasabi, der noch heute das Amt des Großscheichs bekleidet, Sufis seien keine Aktivisten und unterschieden sich von anderen religiösen Gruppen, weil sie keine politischen Ambitionen hätten (*Ahram Online*, 29. März 2011). Abu al-Aza'im, der Scheich des Azamiyya-Ordens, konstatierte dagegen im August 2011, dass es eine vom Regime verbreitete Lüge sei, dass die Sufis sich aus der Politik heraushielten (*Ahram Online*, 8. August 2011).

Kontroversen und offene Feindschaft

Sufis waren wegen ihrer unorthodoxen rituellen Praktiken und Glaubensinterpretationen schon immer Zielscheibe für Beschuldigungen und Angriffe durch strenggläubige Islamgelehrte und puritanische Islamisten. Um dieser mitunter lebensgefährlichen Kritik zu entgehen, halten sich die meisten Orden, die zur Dachorganisation des Obersten Sufi-Rates gehören, strikt an dessen Regelungen, die sogenannte „unislamische“ Rituale wie Gesänge, Derwisch-Tänze und die Verwendung von Musikinstrumenten untersagen. Die neuen politischen Freiräume seit dem Sturz von Mubarak im Jahr 2011 fachten die lange vom Regime im Zaum gehaltene Feindschaft zwischen Sufis und Salafisten wieder an. In mehreren Landesteilen verübten Salafisten tätliche Angriffe auf christliche Kirchen und zerstörten Sufi-Schreine und Moscheen (Brown 2012). Die Aussicht auf einen Wahlsieg der Islamisten motivierte die Sufis, ihre Zuschauerrolle aufzugeben: Sie organisierten nunmehr selbst Demonstrationen und Bürgerwehren.

Die plötzliche Offenheit wirkte sich auf die gesamte religiöse Szene aus. Zwischen Kopten, Salafisten und Sufis existieren durchaus Gemeinsamkeiten: Alle drei Gruppen hatten sich – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – nicht gegen das Regime gestellt und sich von politischer Betätigung weitgehend ferngehalten (*Ahram Online*, 17. Juli 2011). Die Kopten legten diese Haltung – genau wie die Salafisten – schon unmittelbar nach dem Regimewechsel im Jahr 2011 ab. Die Sufis aber waren unentschlossen und tief gespalten. Der Großscheich von al-Azhar, Ahmad at-Tayyib, und der Großmufti Ali Gomaa, beide Sufis, stützten die Übergangsregierung und damit die Reste des alten Regimes (Fulul). Die Orden, die der Sufi Reform Front angehörten, assoziierten sich hingegen mit den Liberalen und den revolutionären Jugendgruppen. Mit dem Plan, eine politische Partei zu gründen, die dem Schutz der Sufis dienen sollte,

kam der entscheidende Anstoß wieder einmal aus dem Azamiyya-Orden. Der Großscheich al-Qasabi lehnte noch im August 2011 eine politische Sufi-Partei völlig ab und sprach sich für den Militärerrat (Supreme Council of Armed Forces, SCAF) aus. Im Oktober 2011 kam er aber nicht umhin, die Wahlkampagne der neuen Partei zu unterstützen.

Die Sufis in Ägypten als politische Akteure

*Die Ägyptische Befreiungspartei
(ELP/Hizb at-Tahrir al-Masri)*

Die Anfang 2011 von Abu al-Aza'im, einem Geologen, und Ibrahim Zahran, einem Erdölingenieur, der in Texas und in den Golfstaaten gearbeitet hatte, gegründete ELP erhielt im September 2011 ihre Lizenz. Obwohl sie „für alle offen“ sein sollte, ließen Äußerungen von Zahran und al-Aza'im erkennen, dass es sich prinzipiell um eine Sufi-Partei handelte. Die Parteigründung erfolgte aus Sorge vor einer Übermacht der Islamisten. Den Gründern schwebte eine Partei nach dem Modell der türkischen AKP vor, die ihre Wurzeln ebenfalls im Sufismus hat. Al-Aza'im hoffte auf die zahlenmäßige Stärke und das Wählerpotential der Orden, deren Stimmen bisher meist an die regimetreuen NDP-Kandidaten gegangen waren.

Die ELP beschreibt sich als säkular und will auch mit Kandidaten anderer Parteien kooperieren. Die Partei erkennt Artikel 2 der neuen Verfassung an, der die Prinzipien der Scharia als Grundlage der Gesetzgebung vorsieht und der unverändert aus der Verfassung von 1971 übernommen wurde. Sie garantiert in ihrem Parteiprogramm den drei abrahamitischen Religionen Religionsfreiheit und steht für Menschen- und Bürgerrechte ein; jedoch gibt es im Parteiprogramm keine klaren Visionen oder konkreten Reformen.

Die ELP war vor der Wahl im Jahr 2011 kurzzeitig Mitglied des Ägyptischen Blocks, einer Wahlallianz aus Kopten, Liberalen und Linken, entschied sich aber dann, mit 53 Kandidaten, darunter drei Kopten und sechs Frauen, allein anzutreten. Sufi-Scheichs kandidierten nicht. Es wurde gemutmaßt, dass sie einen Ansehensverlust im Fall einer Wahlniederlage vermeiden wollten. Die Wahlen sollten als Testlauf für den Eintritt in die politische Arena dienen, und die ELP verkündete als Wahlziel, 150 Sitze im Parlament zu erreichen.

Die Wahlergebnisse der Parlamentswahlen in Ägypten Ende 2011

An den ersten freien und fairen Wahlen in der Geschichte Ägyptens im Jahr 2011 nahmen vier Partei-Allianzen teil. Die Partei der Muslimbruderschaft, die Freedom and Justice Party (FJP) erreichte 235 Sitze, die salafistische Nour-Partei 123, die liberale Wafd-Partei erhielt 42 und die Kandidaten der früheren NDP 14 Sitze. Die ELP scheiterte selbst bei dem Versuch, einen der verbleibenden Restplätze zu gewinnen: Sie war an der 0,5%-Hürde gescheitert.

Angesichts der großen Gefolgschaft der Sufi-Orden musste das Ergebnis niederschmetternd wirken. Eine erste Analyse ergab schnell: Die Muslimbruderschaft war programmatisch und organisatorisch erheblich besser vorbereitet gewesen als die Sufis und hatte das progressivste Programm ihrer Geschichte vorgelegt. Die Sufis handelten hingegen wie immer: uneins, halbherzig, zu wenig und zu spät. Ihr Parteiprogramm war wenig aussagekräftig und beschränkte sich auf allgemeine Prinzipien wie Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit. Die Salafisten hatten zwar ebenso wie die Sufis weder praktische politische Erfahrung noch ein konkretes politisches Programm, konnten sich aber auf einen einheitlichen, gefestigten, gut mobilisierbaren Wählerblock verlassen. Sie profitierten von ihrer breiten sozialen Verankerung in den Armutsgürteln der Großstädte. Die potentiellen Wähler der Sufi-Partei bildeten hingegen eine „Ansammlung von Individuen mit divergierenden Meinungen“ (*Al Ahram Weekly*, 962, 27. August 2009). Hinzu kam ihr Glaubwürdigkeitsproblem, da viele potentielle und Wähler die Sufis nach wie vor mit dem alten Regime assoziierten.

Die Sufis in Ägypten und ihre religiösen Konkurrenten

Betrachtet man ihre generelle, das heißt nicht auf politische Faktoren beschränkte Akzeptanz in der Gesellschaft und ihr zahlenmäßiges Gewicht, dann erscheinen die Sufi-Orden unvermindert stark. Sie könnten deshalb nach wie vor eine große politische Kraft entwickeln, wenn es ihnen gelänge, ihre Fragmentierung und innerorganisatorischen Rivalitäten zu überwinden. Ägyptische Interviewpartner gehen von einem ambivalenten Auftreten der Sufis aus.

Gamal Soltan, Politikwissenschaftler am Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies und Experte zum Thema Wahlverhalten, nennt

die Sufis „politisch unbedeutend“ und empfiehlt den Liberalen, sie sollten keine Zeit darauf verwenden, sie als politische Alliierte zu gewinnen. Die Sufi-Orden seien keine kohärente Organisation und hätten sich bislang nur aus Sorge, ansonsten marginalisiert und unterdrückt zu werden, politisch engagiert. Ihre hochfliegenden Erwartungen vor der ersten Parlamentswahl in Ägypten im Jahr 2011 seien „illusorisch“ gewesen, und es sei naiv zu glauben, dass sich „Sympathisanten so einfach in Parlamentssitze umwandeln lassen“. Seitdem Islamisten in die praktische Politik eingetreten seien, legten sie ein geringeres aggressives Verhalten an den Tag, was folgerichtig das Bedrohungsgefühl der Sufis und ihre Bereitschaft zum politischen Handeln reduziert habe. Nur wenn sich an dieser Konstellation etwas ändere, etwa wenn Salafisten wieder vermehrt Gewalt anwendeten, könne erneut eine Notwendigkeit zum Handeln wahrgenommen werden. Eine noch unveröffentlichte repräsentative Umfrage vom November 2012 habe zudem ergeben, dass die Zahl der erwachsenen Mitglieder von Sufi-Orden nur ca. 1,4 Prozent der ägyptischen Bevölkerung, rund eine Million Menschen, betrage und damit weit von den vielen Millionen potentieller Wähler entfernt sei, die die ELP für sich annehme. Im Zuge der rapiden Politisierung der Gesellschaft wachse jedoch, so Soltan, auch in den Sufi-Gemeinschaften das Interesse an Politik. Auch Sufis haben ihre „facebook“-Generation. Sie könnten alternative religiöse Antworten auf den gesellschaftlichen Wandel geben. Um die Mittelschicht mehr anzusprechen, müssten sie an ihrem Image arbeiten und ihre Probleme der internen Rivalitäten und der mangelnden Kooperation in den Griff bekommen. Außerdem mangle es an Führungsfiguren mit politischer Ausstrahlung. Kleine Erfolge seien in dieser Hinsicht durchaus zu verzeichnen, besonders in den Orden der Shadhliyya und der Burhamiyya. Die Sufis sind für Soltan daher eher eine „latente politische Kraft“; er hält aber ihren momentanen Einfluss und ihr künftiges Potential für erheblich überschätzt.

Zu einer etwas anderen Einschätzung kommt Ammar Hassan, ein Soziologe am Nile Center of Strategic Studies und einer der profiliertesten Kenner der Sufi-Orden. Er geht davon aus, dass bis zu zwölf Millionen Sufis an den Mulids (Festlichkeiten zu Ehren von Heiligen) teilnehmen, jedoch nur rund 900.000 in den gegenwärtig 80 Orden organisiert und damit unmittelbar mobilisierbar seien. Die größten dieser Orden seien die Rifa'iyya und

die Burhamiyya. Die Azamiyya, die die Gründung der ELP initiierte, sei zwar sehr aktiv, habe aber nur ca. 20.000 organisierte Mitglieder. Die Orden könnten ihre Basis künftig verbreitern, weil sie mit dem mächtigen „Syndikat der Ashraf“ (Vereinigung der Nachkommen aus der Familie des Propheten) kooperieren, das drei Millionen Mitglieder umfasst. Hassan macht für den dürftigen politischen Erfolg der Sufi-Orden und ihrer Partei den Mangel an Organisation, Erfahrung und Finanzierung verantwortlich. Sie seien in der politischen Landschaft nicht wirklich präsent und ihr weiterer Weg in der Politik ungewiss.

Der Parteivorsitzende der ELP, Zahran, weist dagegen darauf hin, dass die Partei schon im Februar 2011, damals ohne Beteiligung von Sufis, geplant worden sei. Gegenwärtig seien nur 30 Prozent der rund 10.000 Parteimitglieder Sufis. Ziel sei es, durch Versammlungen in den Dörfern der 27 Governorate die Menschen zu politisieren und dadurch 100.000 neue Parteimitglieder zu gewinnen. Die organisierten Anhänger der Sufi-Orden beziffert er auf lediglich 800.000. Zahran ist überzeugt, dass die ELP eine Lösung für die sozialen und ökonomischen Probleme hat und auch weiß, wie man sie finanzieren kann. Er bestätigt, dass sich die Ashraf, die hauptsächlich in Oberägypten verbreitet sind, an der Seite der Sufis und der ELP an der politischen Arbeit beteiligen wollen. Obwohl sich die ELP der Nationalen Heilsfront von Mohamed El-Baradei angeschlossen hat, wolle sie in den bevorstehenden Parlamentswahlen als Einzelpartei antreten.

Ähnlich unterschiedlich fällt die Expertenmeinung zu den islamistischen Konkurrenten der Sufis aus. Ammar Hassan schätzt die Mitgliederzahl der Muslimbruderschaft auf ca. 500.000. Sie sei – ebenso wie die Salafisten – in der Lage, über gut vernetzte Imame viele Wähler zu mobilisieren. Beide Gruppen würden durch die Unterstützung aus den Golfstaaten, besonders aus Katar und Saudi-Arabien, über enorme finanzielle Ressourcen für ihre karitative Arbeit und den Wahlkampf verfügen. Hassan und Zahran kritisierten in diesem Zusammenhang den Westen (besonders die USA), weil er die Muslimbruderschaft durch sein Paktieren mit den Golfstaaten stütze. Hassan teilt nicht die landläufige Annahme einer großen Zukunft für die Muslimbruderschaft. Sie besäße wegen ihrer Geschichte des Widerstandes gegen das totalitäre Regime große Hochachtung, repräsentiere aber nicht das Erbe der moderaten ägyptischen Kultur.

Sie sei vor allem wegen ihrer Glaubwürdigkeit – im Gegensatz zu Kopten und Sufis kooperierte sie nie mit dem Regime – und ihrer karitativen Arbeit gewählt worden. Ihre offenkundige Unfähigkeit, das Land zu regieren, habe die Bevölkerung jedoch desillusioniert und innerhalb der Bewegung selbst zu weiterer Diversifizierung geführt.

Soltan unterstrich, dass die verschiedenen Gruppen der Salafisten seit den 1970er Jahren auf gesellschaftlicher Ebene deutlich präsent, wenn auch unpolitisch waren und erst durch den Regimewechsel politisiert wurden. Das Mubarak-Regime zeigte sich ihnen gegenüber per Saldo nachsichtig und spielte sie – wenn möglich – gegen die Muslimbruderschaft aus. Es gäbe vier größere Gruppierungen, aber die meisten Salafisten gehörten keiner Organisation an. Seit sie politische Akteure geworden und mit der Kritik und dem Widerstand in der Bevölkerung konfrontiert sind, würden sie sich kooperativer und weniger aggressiv zeigen. Obgleich ihnen der Organisationsgrad und die politische Erfahrung der Muslimbrüder fehlten, seien sie durch ihr Netzwerke von Predigern in weit höherem Maße als die Sufis in der Lage, Wähler zu mobilisieren.

Nach Soltan verfügen die Kopten nur über einen geringen politischen Spielraum. Sie waren immer Gefolgsleute der Regierung und agierten in einer „Sub-Identität“. Mit rund 10 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen sie keine eigentliche Minderheit dar, sondern sind ethnisch und sprachlich Teil der ägyptischen Nation. Mehr als mit der Nation identifizierten sie sich aber mit der Kirche, die als Sprecherin gegenüber der Regierung fungiere. Diese Dominanz berge die Gefahr, dass die Politik nur durch das Prisma der kirchlichen Autorität gesehen werde. Aus Angst vor einer islamistischen Machtübernahme sei der koptischen Kirche „jedes Mittel recht gewesen“: Sie habe sogar zur Stimmabgabe für die NDP aufgerufen und Busse zu den Wahllokalen organisiert. Papst Shenouda hatte bis zum Sturz von Mubarak offen die Nachfolge von dessen Sohn Gamal befürwortet. Seit dem Fall des Regimes bestehe der gemeinsame Nenner fast nur noch im Widerstand gegen die islamistischen Parteien. Seither rufe die Kirche zu politischer Partizipation auf und kämpfe vorrangig für die koptische Existenz in einem zivilen Staat.

Das Verfassungsreferendum in Ägypten vom Dezember 2012

Die Opposition gegen Präsident Mursi, die zunächst einen Boykott befürwortet hatte, forderte die Wähler später stattdessen zur Ablehnung des Verfassungsentwurfs im Referendum auf. Er wurde letztlich trotzdem mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen, auch wenn die Wahlbeteiligung deutlich niedriger ausfiel als bei früheren Urnengängen. Die Meinungen über den Ausgang des Referendums blieben naturgemäß geteilt. Einige sahen die Ursache der negativen Bewertung der Verfassung in der „Verknüpfung von Botschaft und Bote“, da die verfassungsgebende Versammlung hauptsächlich aus Islamisten bestand. Andere äußerten, neunzig Prozent der Bevölkerung hätten den Entwurf nicht einmal gelesen. Von den 236 Artikeln riefen etwa zwanzig heftige Kritik hervor, weil sie dem Präsidenten übermäßige Macht verleihen oder so vage formuliert sind, dass sie zu viel Spielraum für Interpretationen lassen. Vertreter der Sufi-Orden hatten Scheich al-Qasabi gebeten, eine Direktive zur Ablehnung der Verfassung an die Orden zu geben, was dieser jedoch unterließ. Sicher nicht zufällig erhielt er kurz darauf einen der vom Präsidenten vergebenen neunzig Sitze im Oberhaus (Schura-Rat) – vermutlich als „Belohnung“ für sein Stillhalten beim Verfassungsreferendum (*al-Watan*, 25. Dezember 2012).

Ausblick für die Entwicklung in Ägypten

Angesichts der desolaten Wirtschaftslage und des Problems mangelnder öffentlicher Sicherheit wachsen Ungeduld und Unzufriedenheit im Land. Da eine dringend benötigte Milliardenhilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) an strenge Sparmaßnahmen geknüpft ist, liegt Mursi daran, diese unpopulären Maßnahmen erst nach den anstehenden Parlamentswahlen verkünden zu müssen. Erste Indikatoren, dass die Islamisten ohnehin mit Verlusten rechnen müssen, sind die Wahlen an den Universitäten des Landes, deren erste Phase am 4. März 2013 begann, in denen sie von 70 Prozent auf gerade einmal 30 Prozent zurückgefallen sind.

Wie in der Verfassung vorgesehen, erarbeitete ein Komitee des Schura-Rates das neue Wahlgesetz, das vor seiner Verabschiedung vom Obersten Verfassungsgericht zu prüfen ist. Obwohl das Gericht fünf Artikel beanstandete, wurde das Gesetz ohne die geforderten Änderungen schnell

durchgewinkt. Ein besonders strittiger Punkt war dabei die Neuordnung der Wahlkreise und der Anzahl ihrer Parlamentssitze, welche durch willkürliche Grenzen und Gewichtung der Einwohnerzahl islamistische Parteien begünstigen würde. Juristen warnten deshalb davor, dass die Wahlen erneut für ungültig erklärt werden könnten. Nun will der Schura-Rat ein völlig neues Wahlgesetz entwerfen, da dieses Prozedere im Vergleich zum Änderungsprozess maximal (nur) 45 Tage dauern würde und man die Wahlen gern vor Beginn des Ramadan (ca. 10. Juli) abschließen möchte. Die Opposition hält bislang – trotz wachsender Kritik aus Washington – am Wahlboykott fest, hofft aber durch die Verzögerung Druck auf Mursi ausüben zu können und schließt eine Teilnahme nicht vollständig aus. Sie will in diesem Fall eine Fragmentierung der Stimmen durch die Bildung von zwei starken Fronten verhindern. Bessere Ergebnisse kann sie nur erzielen, wenn sie von ihren Maximalforderungen abweicht und eigene Alternativen aufzeigt, statt nur zu kritisieren. Mit einem Boykott würde sie den Islamisten „den Wahlsieg auf dem silbernen Tablett servieren“.

Ägyptens Zukunft hängt derzeit weniger von Wahlergebnissen ab als vom Fortgang im Aufbau politischer Institutionen (Albrecht 2012: 270) – dies insbesondere unter dem Zeitdruck eines drohenden Staatsbankrotts. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich in diesem Kontext die „latente politische Kraft“ der Sufis als Teil der Oppositionsgruppen weiter entwickeln und positionieren wird.

Literatur

- Albrecht, Holger (2012), „Authoritarian Transformation or Transition from Authoritarianism?“ Insights on Regime Change in Egypt, in: Bahgat Korany (Hrsg.), *Arab Spring in Egypt Revolution and Beyond*, Kairo: American University in Cairo Press.
- Amin, Galal (2011), *Egypt in the Era of Hosni Mubarak*, Kairo: American University in Cairo Press.
- Al Aswany, Alaa (2011), *On the State of Egypt*, Kairo: American University in Cairo Press.
- Brown, Jonathan (2011), *Salafis and Sufis in Egypt*, Carnegie Papers, Dezember, online: <<http://carnegieendowment.org/2011/12/20/salafis-and-sufis-in-egypt/8fj4>> (12. März 2013).
- Chih, Rachida (2006), *Confréries d’Égypte au XXe siècle*, Arles: Actes Sud 2000.
- Gilsenan, Michael (1973), *Saint and Sufi in Modern Egypt. An Essay in the Sociology of Religion*, Oxford: Clarendon Press.
- Heck, Paul (2007) (Hrsg.), *Sufism and Politics. The Power of Spirituality*, Princeton: Markus Wiener Publishers.
- Johansen, Julian (1996), *Sufism and Islamic Reform in Egypt. The Battle for Islamic Tradition*, Oxford: Clarendon Press.
- Hassan, Ammar Ali (2009), The Anatomy of Sufism, in: *Al Ahram Weekly*, 962, 27. August 2009, online: <<http://weekly.ahram.org.eg/2009/962/feature.htm>> (12. Januar 2012).
- Al Jazeera Study Center* (arabisch) (2012), 8. Januar 2012, online: <www.aljazeera.net/NR/EXERES/21FA3618-C1B2-82E> (9. Januar 2012).
- Ahram Online (2011), *Big Night of the Mulid*, 29. März 2011, online: <<http://english.ahram.org.eg/NewsContentPrint/32/0/8875/Folk/0/Big-night-of-the>> (10. Februar 2012).
- Ahram Online (2011), *Sufi Sheikh denies...*, 8. August 2011, online: <<http://english.ahram.org.eg/News/18397.aspx>> (10. Februar 2012).
- Al Ahram Weekly* (2012), *Turning the Tables...*, 4. Februar 2012, online: <<http://weekly.ahram.org.eg/print/2012/1083/eg301.htm>> (4. Februar 2012).
- Ahram Online (2011), *Book Review: The Salafist Movement in Post-Revolution Egypt*, 17. Juli 2011, online: <<http://english.ahram.org.eg/NewsContentPrint/18/0/16187/Books/0/Book-review-the>> (10. Februar 2012).
- Ahram Online (2011), *Egyptian Tahrir Election Watch*, 13. Dezember 2011, online: <<http://english.ahram.org.eg/NewsContentPrint/33/0/29240/Elections-/0/EgyptianTahrir>> (10. Februar 2012).
- Al Ahram Weekly* (2012), 1100, 31. Mai 2012 (Printversion).
- Al-Watan* (2012), al-Qasabi in der Schura (arabisch), 25. Dezember 2012, online: <www.elwatannews.com/news/details/102752> (25. Dezember 2012).
- Ahram Online (2013), *Egypt’s Unreasonable Opposition*, 17. Februar 2013, online: <<http://english.ahram.org.eg/NewsContentPrint/4/0/64804/Opinion/0/Egypt-unreasonable>> (17. Februar 2013).
- Interview am 18. Dezember 2012 mit Dr. Gamal Soltan, Analyst des Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies, Kairo.
- Interview am 18. Dezember 2012 mit Dr. Ammar Hassan, Soziologe am Nile Center for Strategic Studies, Kairo.
- Interview am 18. Dezember 2012 mit Dr. Ibrahim Zahran, Parteivorsitzender der ELP, Kairo.

■ Die Autorin

Ruth Wirth, M.A., ist freie Beraterin und hat einige Jahre in Ägypten unter anderem für das Firmenkonsortium Orascom und das Goethe-Institut (Sprachabteilung) gearbeitet.

E-Mail: <ruth_wirthde@yahoo.de>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Rolle von islamischen Gruppierungen bei politischen Umbrüchen in der arabischen Welt wird gegenwärtig im Forschungsteam „Religion, Konflikt und Politik“ des GIGA Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Borszik, Oliver (2011), „Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Büchs, Annette (2012), Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2011), Präsidentschaftswahlen in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Iskander, Elizabeth, und Annette Ranko (2012), Präsidentschaftswahlen in Ägypten: Chancen und Herausforderungen für Mohammed Mursi, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

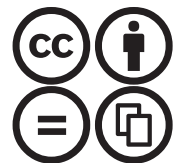
Rosiny, Stephan (2012), Islamismus und die Krise der autoritären arabischen Regime, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2012), *The Arab Spring: Triggers, Dynamics and Prospects*, GIGA Focus International Edition, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/internationaledition>.

Rosiny, Stephan (2011), Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0 <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM